

2. Bericht von Amnesty International: Vorwurf des Genozids in Gaza

Der jüngste 300-seitige Bericht von Amnesty International (<https://www.amnesty.de/sites/default/files/2024-12/Amnesty-Bericht-Gaza-Genozid-Voelkermord-Palaestinsenerinnen-Israel-Dezember-2024.pdf>) wirft Israel schwerwiegende Verbrechen bis hin zum Genozid in Gaza vor:

Frage: *Werden Sie sich im Bundestag dafür einsetzen, die Position Deutschlands gegenüber Israel angesichts solcher Vorwürfe zu überdenken und gegebenenfalls anzupassen? Stehen Sie trotz dieses Berichts hinter der Unterstützung Israels durch Deutschland vor dem IGH? Wie schätzen Sie das Risiko der Komplizenschaft Deutschlands ein?*

MLPD:

Die Anschuldigungen von Amnesty International sind berechtigt, auch wir sind der Meinung, dass es sich hier um einen Genozid in Gaza handelt. Im aktuellen Wahlkampf plakatieren wir deshalb auch „Stopp den Völkermord in Gaza!“ Die MLPD kritisiert seit Jahren die Unterstützung der israelischen Regierung durch die Bundesregierung z.B. mit Waffenlieferungen. Mit ihrer Haltung zu Israel unterstützt die Bundesregierung letztlich die faschistoide Politik Israels.

Mera25:

Bei Eintritt in den Bundestag würden die Ressourcen von MERA25 unermüdlich unter Anderem dafür eingesetzt werden, die deutsche Position zu Israel zu überdenken und die systematische Unterdrückung von Palästinenser*Innen, die seit 76 Jahren anhält, zu beleuchten. Ein Rückzug der Unterstützung vor dem IGH und eine Unterstützung der Anklage aus Südafrika wäre auch hier die logische Konsequenz. Das Risiko der Komplizenschaft Deutschlands wird in der nächsten Antwort näher erläutert.

Lina Seitzl, SPD

Ich kann im israelischen Vorgehen nicht die Absicht des Völkermords erkennen. Das Ziel Israels ist die Vernichtung der Terrorstrukturen der Hamas und nicht die Vernichtung des palästinensischen Volkes. Daher hat die Bundesregierung dem Internationalen Gerichtshof im Hauptverfahren ihre Rechtsansicht zur Höhe der Schwelle, die für die Annahme einer Vernichtungsabsicht besteht, mitgeteilt. Das Recht Israels auf Selbstverteidigung und Sicherheit ist für mich unverhandelbar. Dennoch finde ich es richtig, dass sowohl die Bundesregierung als auch andere Staaten Israel auffordern, alle Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung zu ergreifen.

Jessica Tatti, BSW:

Das BSW fordert angesichts der Ermittlungen des Internationalen Gerichtshof einen sofortigen Waffenstopp für Israel und die Einstellung der Unterstützung der in Teilen rechtsextremen Regierung Netanyahu wie sie von SPD, Grünen, Union, FDP und AfD propagiert wird. Weitere Waffenlieferungen an Israel würden Deutschland zum Komplizen der Regierung Netanyahu machen. Die Bundesregierung würde dann Gefahr laufen, wegen Beihilfe zu schweren Kriegsverbrechen vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH) verurteilt zu werden.

Rosa Buss, B90/Grüne:

Deutschland hat aus seiner Geschichte heraus eine besondere Verantwortung, gegenüber dem Volk von Israel sowie bei der Verhinderung von Genoziden. Diese Verantwortung bedeutet nicht, das Handeln des israelischen Staates bedingungslos hinzunehmen und guten Beziehungen zur israelischen Regierung unterzuordnen, sondern Israel dazu anzuhalten Verantwortung zu übernehmen, die Menschenrechte zu achten und genozidale Handlungen umgehend einzustellen.

Gerade Deutschland hat im Hinblick auf die dramatische Situation in Palästina die geltende Genehmigungspraxis für Waffenlieferungen geändert. Dieses neue Genehmigungsverfahren ist seit Frühjahr 2024 in Kraft und wird auch vom IGH für sein robustes und mehrstufiges Exportkontrollsystem hervorgehoben. Alexander Schwarz, Völkerstrafrechtler am ECCHR, sagt unter anderem dazu, dass diese neue Genehmigungspraxis schlussendlich dazu beitragen wird, dass die Bundesregierung „nun sehr genau bei kommenden Waffenexporten hinschauen muss, ob die israelische Armee damit völkerrechtswidrige Einsätze in Gaza durchführt“. Die Vereinbarung über die Geiselfreilassung und den Waffenstillstand zwischen Israel und der Hamas gibt endlich Hoffnung, dass ein Ende des Konfliktes gefunden werden kann. Nur eine Zweistaatenlösung kann nachhaltig Frieden, Würde und Sicherheit für alle Menschen im nahen Osten gewährleisten.

Lars Hoffmann, Die Linke:

In meinen Augen kann es keine bedingungslose Solidarität geben: Sie ist immer bedingt durch die Einhaltung völker- und menschenrechtlicher Standards. Das gilt gegenüber Israel, wie gegenüber jedem anderen Staat. Die Lehre aus dem Dritten Reich muss doch sein, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Völkermord entgegenzutreten, wo immer sie passieren – besser noch, sie durch internationale Strukturen zu verhindern. Dafür muss sich die Bundesrepublik angesichts ihrer historischen Verantwortung an allererster Stelle einsetzen – auch gegenüber der israelischen Regierung. Wer in dieser Situation weiter Waffen liefert, macht sich mitschuldig!

Hinzu kommt: Am Ende muss das Ziel sein, zu einer stabilen Friedenslösung für alle Beteiligten zu kommen. Die derzeitige Eskalation nützt auch Israel langfristig nicht, sondern bringt nur noch mehr Verbitterung, Radikalisierung und Hass

hervor. Von einem Frieden im Nahen Osten sind wir weiter entfernt als seit Jahrzehnten.